

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepalte Postkarte oder deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtsige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29.

Montag, den 4. Februar 1918.

25. Jahrg.

Ein Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieges.

Von Richard Gädte.

Das erste Jahr uneingeschränkter U-Boot-Krieges ist am 31. Januar zu Ende gegangen. Wenn der Monat Januar — wie es bisher den Anschein hatte — reichlich die gleiche Ernte versenkter feindlicher und neutraler Handelsschiffe bringen wird wie der letzte Monat des Jahres 1917, so wird die Jahresbeute gegen 9% Millionen zerstörter Frachtschiffraumes betragen. Diese Einbuße ist durch Neubauten auch nicht annähernd ausgeglichen worden. Im englischen Unterhause wurde ohne Widerspruch behauptet, daß die deutschen Unterseeboote in den vier Monaten September bis Dezember 1917 nahezu ebensoviel Schiffsraum versenkt hätten, als während des gesamten Jahres gebaut worden sei. Diese Monate haben aber bekanntlich durchschnittlich weit weniger Beute gebracht als die sieben Monate von Februar bis einschließlich August. Der Marine-Sachverständige des „Daily Telegraph“ berechnet die Neubauten Englands von Januar bis Oktober 1917 nur auf höchstens 1 200 000 Tonnen; dazu wären dann noch die der Neutralen und der übrigen Biverbandsstaaten, sowie der von ersteren erprobte Frachtschiffraum, der unseren Gegnern zur Verfügung steht, ein außerordentlich hoher, ohne daß er sich mit genauen Ziffern belegen ließe. Die Absicht der Vereinten Staaten, diesen Mangel durch riesenhafte Ausdehnung ihres eigenen Schiffbau zu heben, ist eingetandenermaßen ein vollkommener Fehlschlag geworden; ihnen fehlten die Werkstoffe, die ausgebildeten Arbeiter, die Rüststoffe und auch die Besatzung für die Schiffe. Die Frage der Besatzung wird auch für England immer brennender; in immer steigendem Maße müssen dort farbige als Matrosen eingestellt werden.

Indessen die Zahlen allein sprechen kein entscheidendes und überzeugendes Wort. Es kommt vielmehr darauf an, welche Wirkungen die unersetzbar große Einbuße unserer Gegner an Schiffsraum auf ihre Kriegsführung, ihr Wirtschaftsleben und ihre Nahrungsversorgung ausgeübt hat, inwieweit dadurch ihre Widerstandskraft geschwächt und das Ende des Krieges näher gerückt worden ist.

Daß unser Unterseebootkrieg auf den Landkrieg Einfluß habe, wird von unseren Gegnern zwar bestritten; ihnen gegenüber steht aber die wiederholte Versicherung unserer Heerführer, daß sie allerdings wesentliche Erleichterungen vor der Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht nur erwartet, sondern auch bereits gespürt hätten. Sie sehen in ihm eine wichtige Hilfswaffe für die Erzwingung der großen Waffenentziehungen, die dieses Frühjahr uns voraussichtlich noch bringen wird.

Nun ist die Kriegsführung Englands zweifellos vom Seeverkehr in hohem Maße abhängig. Die Versorgung seiner Heere in Mesopotamien, Palästina, Mazedonien kann nur zu Wasser sichergestellt werden. Wir sehen aber unsere U-Boote gerade im Mittelmeer in besonders eifriger und erfolgreicher Arbeit. Bereits hat England sich entschlossen, die meisten Sendungen an Ernteprodukten, Kriegsgerät, Schießbedarf und Verpflegung nicht mehr auf dem nahen und bequemen Wege durch das Mittelmeer, sondern auf dem ungeheuren Umwege über Kanada, den Stillen und den Indischen Ozean gehen zu lassen. Aber auch im Mittelmeer selbst fahren die Handelsschiffe schon längst, wie einst im Altertum nicht mehr die geraden Fahrstraßen, sondern unter dem unmittelbaren Schutz der Küsten und verschieblichen dadurch die Dauer des Transportes. Trotzdem werden zahlreiche Schiffe dauernd von unseren U-Booten versenkt. Daß dies einen verzögernden Einfluß auf den Gang des Krieges ausüben muß, ist ohne weiteres klar. So sehen wir denn auch die Salonikarmee seit Jahresfrist an die Stelle gebannt, mit kurzen Ausnahmen ist die Kriegsführung dort vollkommen eingestillt. Das gleiche gilt auch von Mesopotamien; doch mögen hier noch andere Umstände auf den Stillstand des englischen Heeres von Einfluß sein. Aber selbst in Palästina, wo die Verhältnisse noch am günstigsten liegen, vollzieht sich der Vormarsch der Engländer nur ruckweise, in großen Zeitpausen, woran sicherlich die große Schwierigkeit des Nachschubes die Schuld trägt. Inzwischen naht die heiße Jahreszeit, die alle Bewegungen lähmt.

Nicht ganz so deutlich mag die Einwirkung des U-Boot-Krieges auf den Gang der Dinge an der Westfront vor unseren Augen liegen. Es handelt sich hier um sehr kurze Ueberfahrten zwischen den nahen Küsten von England und Frankreich. Das enge Fahrwasser ist besonders gut durch Minen und Netze, durch Bewachungsfahrzeuge, Torpedoboote und Kreuzer gesichert. Völlig unterbinden wird sich also dieser Verkehr nicht lassen. Aber aus den Mitteilungen des Admiralsstabes erkennen wir, daß in den letzten Monaten unsere U-Boote auch in diesem Fahrwasser eine sehr rege und erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt haben. Auch hier wurden viele Schiffe mit Kriegsbedürfnissen auf den Grund der See geschickt. Die deutsche Heeresleitung beschämt denn auch ausdrücklich, daß sie in den letzten Flandernschlachten bei Cambrai eine Abnahme der Dauer des feindlichen Geschützfeuers wahrgenommen habe. Die frühere Ueberlegenheit der weit überlegenen feindlichen Artillerie ist ganz erheblich herabgesetzt worden. Bei Cambrai verzichteten die Engländer völlig auf ihr bisheriges tages- und wochenlanges

anhaltendes Trommelfeuer und beschränkten sich auf einen Wirbel weniger Stunden. Wir besitzen aber auch Zahlenangaben, die uns die Behinderung des Landkrieges durch den Unterseebootkrieg erläutern können. Im verflohenen Jahre sind 27 feindliche Truppentransporte und 265 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden. Unter letzteren befanden sich 97 mit Munition vollbeladene Dampfer. Ihr Inhalt hat genügt, 50 Divisionen zu 15 000 Mann mit Gewehr- und Geschützmunition für einen Monat zu versehen. Daß hier eine feste Sorge für die englische Heeresleitung liegt, ist nicht zu verkennen. In zugespitzter Lage mag es wohl eine für die Entscheidung merkliche Bedeutung gewinnen können. Die englische Zeitschrift „Nation“ vom 5. Januar kommt sogar zu der Schlussfolgerung, daß der U-Boot-Krieg nicht nur ein bestimmender, sondern überhaupt der alleinige Faktor der ganzen militärischen Lage sei. Wir dürfen nie vergessen, daß neben dem unmittelbaren Verlust wertvoller Ladung, die Verzögerung der anderen eine wirksame Bedeutung besitzt. Dazu kommt, daß die verringerte Zahl zur Verfügung stehender Schiffe von Monat zu Monat den Bedürfnissen immer weniger genügt. Nicht nur sein Inhalt, sondern das Schiff selbst geht durch seine Versenkung der Kriegsführung dauernd verloren. Ersetzt werden könnte es nur aus dem der Nahrungsversorgung des Landes dienenden Schiffsraum.

Aber dieser verringert sich selbst unaufhörlich und genügt kaum mehr, die Ernährung der Bevölkerung unter Entbehrungen noch gerade zu sichern. In besonders schlimmer Lage ist Italien; seine Kohlenversorgung und damit seine Rüstungsindustrie ist in schwerster Bedrängnis. Es fehlt tatsächlich bereits an dem Notwendigsten. Die amtlichen Berichte unseres Admiralsstabes haben in den letzten Monaten die Versenkung von 10 Millionen Zentner Kohlen gemeldet, die wirkliche Zahl wird ein Mehrfaches davon betragen, da nur in seltenen Fällen die Ladung sich einwandfrei festhalten läßt. Auch Frankreich ist auf Zufuhren von Kohle angewiesen; ihr Mangel muß seine kriegerische Rüstung — von den Leiden der Bevölkerung ganz abgesehen — beeinträchtigen. Schlimmer noch ist, daß es Italien an dem notwendigsten Brotkorn mangelt, und daß in den ärmeren

Provinzen die Entbehrungen der Hungersnot bereits bedenklich nahekommen. Frankreich kann nur noch die Hälfte seines Brotkorns auf dem eigenen Boden erzeugen, während der Frachtraum für die andere Hälfte nur teilweise noch vorhanden ist oder von England zur Verfügung gestellt werden kann. Denn es fehlt diesem bereits selbst an der erforderlichen Zahl von Schiffen. Die Weizenvorräte häufen sich in Australien auf und verfaulen dort, der Reis kann aus Indien nicht mehr herangeschafft werden. Alle englischen Zeitungen stellen mit besorgten Worten den wachsenden Mangel im Lande fest, zu dem Brotmangel tritt nun in erschreckendem Maße der Fleischmangel. Ob in England die Zwangsrationierung durchführbar ist und der Not abhelfen wird, ist mindestens sehr zweifelhaft. Denn rationieren kann man schließlich nur etwas, was im Lande ist, aber nicht, was auf der See schwimmt und täglich und stündlich vom Feinde vernichtet werden kann.

Daß auch in Frankreich und England die Entbehrung für weite Bevölkerungsschichten, sogar die ungenügende Nahrungsversorgung ihren Eingang gehalten hat, und daß infolgedessen die Kriegsmüdigkeit wächst, ist über alle Zweifel erhaben. Ob der Mangel bereits das Ende des Krieges in absehbarer Zeit erzwingen kann, wissen wir freilich nicht. Das hängt in hohem Maße von den noch im Lande vorhandenen Vorräten ab und von denen, die trotz unserer U-Boote noch hineinkommen können. Darüber werden kaum Vermutungen möglich sein. Die große Frage ist, ob England und Frankreich bis zur nächsten Ernte aushalten, ob sie die letzten Monate Mai, Juni, Juli überstehen können. Glück ihnen das, so ermöglicht ihnen die eigene Ernte wieder das Dasein auf Monate hinaus, wahrscheinlich bis über das Ende des Jahres 1918 hinüber. Immer aber müssen wir festhalten, daß die Stimmungsbilder der englischen Zeitungen und Zeitschriften durchweg in Grau schillern. So nennt die „Times“ am 14. Dezember 1917 die Drohung des U-Bootes „die wichtigste Lebensfrage“, und die „Daily News“ vom gleichen Tage erklären, daß das Schicksal des Biverbandes von dem Schiffbauergebnis Englands in den nächsten zwölf Monaten abhängen wird. In dieser Beziehung sind aber bisher die Aussichten nicht sehr tröstlich für unsere Gegner.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Den Gegenstand der Verhandlungen bildete in der Plenarsitzung am Freitag, an der auch die wieder eingetroffene Vertretung der ukrainischen Rada teilnahm, die ukrainische Frage. Es kam zu scharfen Zusammenstößen zwischen Trotski und dem Vertreter der ukrainischen Rada. Nach der langen Auseinandersetzung, über die wir morgen berichten werden, erklärte Graf Czernin im Namen der Mittelmächte:

„Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. 1. 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als selbständiger Delegation und als bevollmächtigter Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängigen, freien und souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.“

Trotski nahm diese Erklärung zur Notiz und beharrte auf seinem Standpunkt. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen, wie der Bericht besagt.

Wie sich nun die Sache weiter entwickeln wird, bleibt abzuwarten. So viel muß gesagt werden, daß die Friedenshoffnungen wieder hart im Sinken sind.

Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

WBS. Großes Hauptquartier, 3. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Front kam es am Nachmittag zwischen dem Southwester-Wald und der Eys zu heftigsten Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuerstätigkeit zeitweilig auf. Bei Monchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Am Dije-Nisne-Kanal liegen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Fünfs der Willeit im Abschnitt von Reims, auf den Haasböden und am Hartmannsweilerkopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erlandungen an dem Oiseufer der Maas und nördlich von Badonviller einige Franzosen zurück.

Italienische Front.

Lebhafter Feuerkampf auf den Höhen der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

WBS. Berlin, 3. Februar, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 2. Februar. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenta blieb die Artillerietätigkeit lebhaft.

Wien, 3. Februar. (Amtlich.)

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hielt die lebhafteste Artillerietätigkeit an.

Frankreich und Belgien.

Die Opfer des Luftangriffes auf Paris

wurden jetzt auf 45 Tote und 207 Verwundete beziffert.

Rußland.

Die Revolution in Finnland.

Ein Bericht der „Berlinsche Tidende“ meldet aus Helsingfors, daß die Stadt nun vollständig in den Händen des Arbeiterrates sei. Der Senatspräsident Soininsof forderte in einem Aufruf die Bürger auf, die geistliche Regierung und die Truppen des Landtages auf die Macht-Partei zu unterstützen, die die Freiheit Finnlands bedroht. Die Bank von Finnland sowie die Privatbanken sind geschlossen. Die neue revolutionäre Regierung befindet sich bereits in schwieriger Lage. Sie scheint sich jetzt darüber klar zu sein, denn sie machte unter der Hand den bürgerlichen Parteien den Vorschlag zu einem Ausgleich, wonach den bürgerlichen Parteien eine gewisse Anzahl Sitze in der Regierung eingeräumt sind.

(Meldung des Svenska Telegrammbüros.) Nachdem der Landtag und die rechtmäßige Regierung von den Revolutionären verhindert wurde, zu funktionieren, erklärte der Zentralverband der Beamten die Absicht, mit Genehmigung des Präsidenten Soininsof jede kulturelle Arbeit bis zur Wiederherstellung der Regierung niederzulegen. Für Eisenbahnbeamte werden besondere Vorschriften erlassen. Ärzte und Krankenpfleger sollten nach eigener Prüfung handeln. Allein die Lebensmittelverwaltung darf, wenn möglich, ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Zensur wird verschärft. Die Weiße Garde nahm die S. ... Iyväskylä und Raastehne.

unter den jetzigen Verhältnissen nicht in Frage kommen. Die Regierung habe die Kraft und den Willen, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Regierung erlaube die Sozialdemokratische Partei, sie zu unterstützen.

Diese Erklärung ist leider nicht geeignet, beruhigend zu wirken. Als recht unglücklich müssen wir es bezeichnen, daß die Regierung Agenten des Auslandes für den Streik verantwortlich macht. Hat sie denn wirklich nicht die wahren Ursachen der Bewegung erkannt?

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Ausstand geht auch in Berlin seinem Ende entgegen. Man braucht den Zeitungsleser, die die Arbeiterbewegung kennen, gar nicht erst zu versichern, daß er auch hier schon zu einem Ende gekommen wäre, wenn die Regierung eine andere Haltung eingenommen hätte. Wie wir uns am Sonnabend und Sonntag durch enge Fühlungsnahme mit den Ausständigen unterrichten konnten, ist mit der Wiederaufnahme der Arbeit während der ersten Tage dieser Woche zu rechnen. Schon am Sonnabend sollen etwa 20 Prozent der Streikenden zur Arbeit zurückgekehrt sein. In zahlreichen am Sonnabend abgehaltenen Versammlungen sind mit ganz geringen Ausnahmen gerade die Verträuensmänner für die Beendigung des Ausstandes eingetreten. Auch Abgeordnete der Unabhängigen haben sich bemüht, die Streikenden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Wo aus den Reihen der Streikenden für das Beharren im Ausstand plädiert worden ist, ist dies geschehen unter dem Hinweis auf das Verhalten der Regierung und des Generalkommandos der Marken. Auch die Schließung weiterer Arbeiter-Institutionen wie des Charlottenburger Volkshauses ist der Verbreitung einer verächtlichen Stimmung so schädlich wie nur irgend möglich.

Der Streik im Magdeburger Bezirk ist nach drei Tagen beendet. Die angeordnete Militärisierung der Rüstungsindustrie ist zurückgenommen.

Die Breslauer Streikenden beschlossen nach eintägigem Ausstand die Wiederaufnahme der Arbeit.

Da in einigen Bezirken des 11. Armeekorps, so insbesondere in Gotha und einigen anderen Thüringischen Städten, die Arbeit noch nicht aufgenommen wurde, hat der Kommandierende General eine Verfügung erlassen, daß alle am Streik beteiligten Wehrpflichtigen einschließlich der Beurlaubten und Reservierten, die nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, in das Heer eingestuft werden.

In Jena hat ein großer Teil der feilschen Arbeiterschaft, nach der „Frankf. Zeitung“, die Arbeit eingestellt.

In Sachsen nimmt man an, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird.

In Köln wurde am Donnerstag und am Freitag in einer Anzahl von Betrieben der Metallindustrie streikend. Da der Gouverneur alle Versammlungen verboten hatte, war eine geplante große Versammlung unter freiem Himmel nicht möglich, jedoch wurden die Versammlungen der Vertrauensleute weder verhindert noch auch nur polizeilich überwacht. Die Streikenden wählten einen Streikerausführer, in dem auch „Unabhängige“ vertreten waren. Die sieben Genossen wurden noch am Abend des ersten Streiktages von dem Regierungspräsidenten v. Staud und dem Oberbürgermeister Widenauer empfangen. Beide Herren diskutierten mit der Abordnung bis zum frühen Abend die Forderungen der Streikenden: Es ergab sich, zumal in den inneren Kreisen, weitgehende Übereinstimmung zwischen den genannten Beamten und den Streikenden, wenn die Herren auch den Streik entschieden verurteilten. Welche Herren sprachen sich fest und klar dahin aus, daß die Regierung bestimmt wissen sei, das gleiche Maßrecht mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzusetzen. Auf Einladung des Streikausfühlers erschien der Regierungspräsident am zweiten Streiktage in einer überfüllten Versammlung der Streikenden. Die Arbeiter hörten den Protesten der sehr wohlwollenden Rede zu, redeten zurück, riefen an. Er gab auch in dieser Versammlung ein Festversprechen zu der nach seiner Meinung ehesten Beseitigung der Regierung. In manchen Punkten ergab sich zwischen Regierungspräsidenten und den Arbeitern Übereinstimmung. Der Präsident teilte mit, daß er die Forderungen der Streikenden sofort dem Reichskanzler, dem Minister des Innern und dem Oberpräsidenten übermitteln werde. Das gleiche tat der Oberbürgermeister, der wiederholte, daß die Berliner Regierung keine eigene Auffassung von der Notwendigkeit schärferer Reformen im Innern nicht vorenthalten zu wollen. Schon vor dem Eintreffen des Regierungspräsidenten in der Streikversammlung war gegen eine Minderheit die Wiederaufnahme der Arbeit am Sonnabend beschlossen. Das Verhalten des hohen Regierungsbeamten, der sozialer Verbundenheit für die Erwerbslosigkeit der Kölner Arbeiter offenbart, fand allgemeine Anerkennung.

In Pommern wurde die Arbeit am Sonnabend ebenfalls wieder aufgenommen.

Eine Versammlung der Streikenden in Würzburg beschloß gestern, die Arbeit heute wieder aufzunehmen. Eine Kommission, in die alle Betriebe Vertreter entsandten, soll weiterhin für die Erfüllung der Forderungen, u. a. auch für die Freilassung der verhafteten Streikführer, bei der Regierung eintreten.

Das erste Urteil.

W.B. Berlin, 2. Febr. Der erste Fall, der vor dem außerordentlichen Kriegsgericht für Berlin 3 zur Verhandlung kam, betraf den 30jährigen Oehler Heinrich Schulze. Der Angeklagte hat am 29. Januar, vormittags 6 Uhr, am Bahnhof Reinickendorfer-Rohrdamm an die mit der Bahn ankommenden Arbeiter, die in die Fabrik gehen wollten, Zettel verteilt, die zum Streik aufforderten. Der Gerichtshof verurteilte dem Angeklagten mildernde Umstände und erkannte wegen vorläufiger Verhinderung auf 4 Monate Zuchthaus, die in 6 Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Der Angeklagte wurde in Haft behalten.

Streik im Auslande.

Streikbewegung in Holland.

W.B. Amsterdam, 2. Februar. Der für Montag angelegte Streik geht nicht von der Sozialdemokratischen Partei, sondern von der Organisation der revolutionären sozialdemokratischen Arbeiter aus. Das offizielle Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „Het Volk“ verurteilt in einem Leitartikel diese Bewegung, die, wie das Blatt sagt, in der Hoffnung unternommen werde, eine Schreckensherrschaft herbeizuführen, die jede geordnete, gesündere demokratische Aktion unmöglich machen würde. Den Mitgliedern der großen sozialdemokratischen Gewerkschaften wurde von ihren Führern abgeraten, an dem Streik teilzunehmen.

Kurzer Streik in Triest.

Triest, 3. Februar. (Meldung des Wiener T. u. Z. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Die Werftarbeiter sowie die Arbeiter der größeren Fabriken sind in den Ausstand getreten. Später schlossen sich auch andere Arbeiterkategorien, darunter auch Seher, an. Eine Arbeiterabordnung übermittelte dem Statthalter die Wünsche der Arbeiterschaft, namentlich bezüglich des Friedens und der Verpflegung. Auf Grund der Antwort des Statthalters, der insbesondere auf die Erklärung des Grafen Czernin hinwies, besaß die Vertrauensmännerversammlung die Wiederaufnahme der Arbeit, die heute erfolgte. Die Bewegung verlief in vollster Ruhe ohne Zwischenfall.

Aus Lübeck und den Hamburggebieten.

Der Buttermannel.

Es mir immer noch hinreichend Butter erzeugt, um eine allgemeine Butterverteilung weit über das bisherige Maß hinaus zu ermöglichen, wenn man den Mut und den Willen hätte,

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 4. Februar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front Artilleriekämpfe, die sich namentlich in Flandern wesentlich zwischen dem Southouster-Wald und der Oys, sowie beiderseits der Scarpe gegen Abend steigerten. Westlich von Bellecourt schickte ein starker Erlundungsvorstoß der Engländer. An der Dillette nördlich von Bray drang die Franzosen vorübergehend in unsere Stellungen ein.

Eigene Infanterie und Pioniere holten nordwestlich von Bezouvoig 19 Gefangene aus dem französischen Graben.

In Luftkämpfen und von der Erde aus wurden in den beiden letzten Tagen 18 französische Flugzeuge und 2 Fesselballons zum Absturz gebracht.

Italienische Front.

Zwischen Clich und Piave vielfach Artilleriekämpfe.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Die Erfassung der gesamten Produktion und ihre gleichmäßige, gerechte Verteilung zu erzwingen. Mindestens ebensoviel und noch mehr Butter als zur allgemeinen Verteilung kommt, geht im Schleichhandel in den Verbrauch. Dieser beschränkt sich war auf bestimmte Kreise, denen der Preis der Schleichhandelsbutter gleichgültig ist, er hat dort aber einen Umfang, der ganz ungeheuerlich ist. In Hotels, sogenannten „vornehmen“ Speisehäusern und zahlreichen Familien wird geradezu Verschwendung mit Butter getrieben. Dort hat man sich im Buttergenuss während des Krieges noch nicht die geringste Beschränkung auferlegt, trotz der bitteren Not im Volke. Würde man diesem Treiben einen Riegel vorsetzen, dann wäre schon viel gewonnen. Nicht nur 70 Gramm Butter für die Person könnten regelmäßig ohne jede Schwierigkeit verteilt werden, sondern ganz sicher bedeutend mehr. Es liegt nämlich nur an dem Mut und Willen dazu. Warum führt man nicht allgemein die wohlberatenen Vorschläge der Kreisfiskalstelle Hameln durch, die auf Grund des gegenwärtigen Viehstandes eine rationellere Verteilung von 170 Gramm Butter und 100 Gramm Käse unbedingt verbürgen, und das sogar bei einer täglichen Milchabgabe von vier Litern Milch von jeder Kuh, während in Wirklichkeit diese Milchabgabemöglichkeit leicht auf mindestens sechs Liter bestimmt werden könnte. Würden die Vorschläge der Kreisfiskalstelle Hameln allgemein eingeführt, dann würde ohne Zweifel sogar ein halbes Pfund Butter an jede Person wünschenswert verteilt werden können.

Überdies, man würde viele Leute vor den Kopf stoßen. Einmal die Landwirte, die heute viel zu viel Milch zurückhalten und damit Verschwendung treiben und Schleichhandel mit Butter fördern. Wie sehr, das kann nur der Verbraucher, der Einblick in die landwirtschaftlichen Betriebe tut. Uns ist z. B. ein Fall bekannt, in dem ein Landwirt bisher nur höchstens 1 Pfund pro Woche abließerte. Nach Prüfung der Verhältnisse muß er jetzt 10 Pfund abliefern, ohne daß er dabei zu kurz kommt. Solche Zustände sind keine Ausnahme, sondern bestehen mehr oder weniger fast für Hof und Gut für Gut. Zum andern würde man jene lächerlichen Kreise vor den Kopf stoßen, die heute Butter im Uebermaß verschleudern. Man beschuldigt oder verkleinert das nicht. Es handelt sich dabei um ganz erstaunliche Mengen. Jeder weiß es auch aus den Kreisen seiner Verwandten und Bekannten. Es wird ja kein Hehl daraus gemacht.

Man dürfte sich also nicht scheuen, nach beiden Richtungen hin vorzugehen, um dem heimlichen Butterverbrauch mit allen Mitteln ein Ende zu bereiten. Geschickt das in Verbindung mit den Vorschlägen der Kreisfiskalstelle Hameln, dann würden wir über heute unvorstellbare Buttermengen für die allgemeine Verteilung verfügen. Was man gegen die Vorschläge der Kreisfiskalstelle bisher geltend gemacht hat, sind nur sadenstümliche Gründe, um eben das gegenwärtige Erbarmen nicht preisgeben, an dessen Erhaltung nur bevorzugter Eigenmut ein Interesse hat.

Die bürgerliche Presse Lübecks, und insbesondere das „Amtsblatt“ haben in den letzten Tagen schwere Vorwürfe gegen die „Streiker“ — wie sich das Amtsblatt auszudrücken beliebt — und freizeil gegen die sozialdemokratische Partei, die offen oder versteckt als Urheberin des Streiks bezeichnet worden ist, erhoben. Wir können und wollen hierauf nicht näher eingehen. Nur in bezug auf die Haltung der Partei sei folgendes mit aller Deutlichkeit festgestellt:

Wir stehen zu den Arbeitern, und in schweren Zeiten stehen wir erst recht zu ihnen.

Ob wir diese Bewegung und ob wir sie im gegenwärtigen Augenblick gewünscht haben, steht nicht zur Debatte. Tatsache ist, daß sie aus Ursachen, um deren Beseitigung wir uns vergeblich bemüht haben, ohne Zutun der sozialdemokratischen Partei entstanden ist.

Nachdem es soweit gekommen war, hat die sozialdemokratische Partei nach dem alten Grundsatze gehandelt, daß man eine solche Bewegung nicht sich selbst überlassen dürfe. Sie ist in sie eingetreten in der Absicht, sie in geordnete Bahnen zu leiten und so rasch wie möglich zu einem Ergebnis zu bringen, das der allgemeinen Sache des Volkes nützlich ist.

Nachdem dieser Versuch gescheitert ist, bleibt kein weiterer „Vorwurf“ gegen die sozialdemokratische Partei bestehen als der, daß sie in schwerster Zeit von den Arbeitern, ihren Klassen-Genossen und Brüdern, sich nicht getrennt hat. Diesen Vorwurf wird sie erhebenes Hauptes tragen, unbestimmt um das Gefühl, das in den „Lübeckischen Anzeigen“ und anderen bürgerlichen Blättern erhoben wird.

Die Vaterlandspartei doch ein politischer Verein.

Bekanntlich ist von den Gründern der Vaterlandspartei im Reiche und auch in Lübeck immer behauptet worden, die Vaterlandspartei sei kein politischer Verein. Jetzt haben die maßgebenden amtlichen Stellen in Preußen, Bayern und Sachsen erklärt, daß die Deutsche Vaterlandspartei ein politischer Verein anzusehen und demgemäß zu behandeln sei.

Da die Leitung der Vaterlandspartei ihren Mitarbeitern — die unter der unwahren Angabe, es handle sich nicht um eine politische Partei, eingefangen worden sind — diese Tatsache ebenfalls vorenthalten wird, bringen wir sie hiermit zur Kenntnis der hiesigen Mitglieder der Vaterlandspartei.

Freie Jugend Lübeck. Monatsprogramm für Februar 1918:

- Freitag, den 1. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, den 3. Februar: Monatsbesprechung.
- Dienstag, den 5. Februar: Diskussionsabend für die Arbeitskommission.
- Mittwoch, den 6. Februar: Vortrag von Hl. M. Köhler: Friedrich Heibel.
- Donnerstag, 7. Februar: Reigenabend.
- Freitag, den 8. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, den 10. Februar: Eine Wanderung nach dem Hofenmeier-Tannen. Abmarsch 2 1/2 Uhr von der Bürgerbrücke.

- Mittwoch, den 13. Februar: Lichtbildvortrag von Karl Lehmann: Der Steinkohlenbergbau.
- Donnerstag, den 14. Februar: Wanderkommission.
- Freitag, den 15. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, den 17. Februar: Allgemeine Unterhaltung.
- Mittwoch, den 20. Februar: Vortrag des Genossen J. C.: Die Grundlagen der Ethik.
- Donnerstag, den 21. Februar: Arbeitskommission.
- Freitag, den 22. Februar: Diskussionsabend.
- Sonntag, 24. Februar: Monatsbesprechung.
- Mittwoch, 27. Februar: Vortrag des Genossen S. Haack: Aus der Jugendbewegung.
- Donnerstag, den 28. Februar: Reigenabend.

Was, wenn es doch immer so bliebe!

In dieser Woche gibt es nach der Bekanntmachung des Polizeiamtes — die sonderbarerweise seit zwei Wochen in unserem Blatte erst am Montag nachmittags veröffentlicht wird, während die Morgenzeitungen sie bereits am Sonntag morgen bringen — 125 Gramm Marmelade und 250 Gramm Rübenlakt. Es geht also auch in Lübeck, daß mehr Aufstrichmittel verteilt werden können. Hoffentlich handelt es sich hier nicht nur um eine „vorübergehende Erleichterung“, sondern blüht während der aufstricharmen Zeit des Krieges so!

Wo bleibt der Gewinn?

In einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Verden an der Aller führte der Geschäftsführer Brockhaus (Hannover) folgendes aus:

„Die Schaffhalter bekamen in Friedenszeiten für ein Pfund Rindensmolle 3 Mark, die bearbeitende Industrie schlug 2 Mark für ihre Arbeit auf, so daß das Pfund Molle 5 Mark kostete. Jetzt bekommt der Schaffhalter für dieselbe Menge Rindensmolle 3,50 Mark, das Pfund Wollgarn kostet aber 45 Mark und darüber.“

Die ungeheuren Preisausschläge in Manufakturwaren sind schon seit langem ein Stein des Anstoßes. Hier wird nun dargelegt, daß nicht die Erzeuger der Rohprodukte die sind, welche die enormen Gewinne einstreifen. Aber wer ist es denn, in dessen Taschen die Summen fließen? Da die Wolle wie die meisten anderen Waren durch die vom Staate eingesehene Gesellschaften bewirtschaftet wird, so muß von der Regierung Aufklärung verlangt werden, wo die Gewinne bleiben. Ferner muß verlangt werden, daß der Preistreiber und dem Wucher endlich ein Damm entgegengesetzt wird. Die Not des Volkes verlangt geordnete Zustände!

Getreidegleichhandel im Kleinen und seine Bekämpfung.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen ersucht: Um dem freßenden Uebel des Schleichhandels zu steuern, hat das Kriegsernährungsamt jüngst ein scharfes und rücksichtsloses Vorgehen angekündigt. Da erscheint es angebracht, auf einen neuerdings sich mehr und mehr ausbreitenden Mißstand hinzuweisen, nämlich auf das Einhandeln kleinerer Mengen Getreide unmittelbar vom Erzeuger. Es mag sein, daß bei diesem Mißbrauch vielfach Gedanklosigkeit, Unüberlegtheit oder Leidenschaft obwaltet. Das aber schließt die Betreffenden keineswegs vor der Strafe, die auf solches Vergehen gesetzt ist. Das gesamte im Reiche angebaute Getreide ist mit der Trennung vom Boden beschlagnahmt, und ist, soweit es nicht dem Selbstverbraucher (Landwirt) zusteht, oder an den selbstwirtschaftenden Kommunalverband zu liefern ist, an die AG. abzuliefern, die in dieser schweren Zeit auch das letzte Körnchen heranziehen muß, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Nach § 79 der Bundesratsverordnung vom 21. 6. 1917 kann ein Verstoß gegen diese Vorschriften mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit schweren Geldstrafen geahndet werden. Man bedenke, wie sich die Dinge entwickeln würden, wenn jeder Städter auch nur ein halbes Pfund aus dem Brotbackergang am Ende sein, und die Feinde würden triumphieren! Wer aus diesen Punkten patriotischer Empfinden hat, muß sich darüber klar sein, daß hier ein Uebelstand vorliegt, gegen den nicht energisch genug vorgegangen werden kann. Wie wir hören, wird denn auch erzwungen, bei gleichzeitiger Verschärfung der Kontrolle an den Bahnhöfen, Landstraßen usw. gegen diese Art des Schleichhandels mit den strengsten Maßregeln vorzugehen. Die in Abgesagten setzen sich, wie gesagt, der Gefahr schwerer Bestrafung aus.

Der Nebel will nicht weichen. Die Umwelt ist noch immer ein weißgraues Wogen. Menschen, Tiere und Wagen stehen durch den Nebel wie dunkle Säulen. Einen Ausblick gibt es noch nicht. Solch dichten und dauerhaften Nebel dürften die „ältesten Leute“ wirklich noch nicht erlebt haben. Die Ursache des Nebels liegt vor allem darin, daß sich in der Luft ein für diese Jahreszeit außerordentlich hoher Prozentsatz von Wasserdampf gebildet hat. Während der Himmel in der oberen Schicht wolkenlos und ganz heiter ist, hat sich die untere Wolkenschicht fast abgekühlt. Der größere Teil des Wasserdampfes mußte sich in flüchtiger Form auflösen und bildet den Nebel. Eine merkliche Erhöhung des Nebels ist auch die verdickte Lufttemperatur. Während 2 Meter über dem Boden zeitweilig 2 Grad Kälte gemessen wurde, konnte in Dachhöhe eine Temperatur von + 1 Grad festgestellt werden.

Postkassenverkehr. Die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse haben mit aller Dringlichkeit dargetan, daß der Umlauf an Postnoten und sonstigen Zahlungsmitteln auf das geringste Maß beschränkt und der bargeldlose Zahlungsausgleich in weitem Maße gefördert werden muß. Dielem Ziele dient auch der Postkassenverkehr, der zugleich das Zahlungswesen vereinfacht, vereinfacht und beschleunigt. Im Deutschen Reiche nehmen jetzt gegen 100 000 Kunden am Postkassenverkehr teil. Der Teilnehmerkreis ist aber noch viel zu klein. Erst wenn die Beteiligung sehr groß ist, kann sich der bargeldlose Ueberweisungsverkehr, dessen Pflege die Hauptaufgabe des Postkassenverkehrs bilden, recht entfalten. Die Höhe der Stammeinlage, die früher manchen vor dem Beitritt zurückhalten hat, kann jetzt kein Hindernis mehr sein; denn sie ist auf 25 Mk. herabgesetzt worden, einen Betrag, der bei den niedrigen Gehältern schon bald durch Sparvorsparnisse wieder aufgebracht wird. In den nächsten Tagen werden die Briefträger ein Merkblatt über den Postkassenverkehr nebst Bordruck zum Antrag auf Eröffnung eines Postkassenkontos verteilen. Allen denen, die dem Postkassenverkehr noch fernstehen, bietet sich hier eine bequeme Gelegenheit, sich ein Postkassenkonto eröffnen zu lassen.

Warnung. Vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird uns gefarrieben: Bereits vor einiger Zeit ist in der Presse sowie auch seitens unseres Verbandes dringend vor einer Geschäftsverbindung mit der Firma Hollandische Commerciale Bank (Holländische Handelsbank) in Amsterdam gewarnt worden. Da die Firma jedoch bis in die letzte Zeit, und zwar teilweise mit Erfolg, bemüht gewesen ist, Geschäftsverbindungen in Deutschland anzuknüpfen, so erscheint es geboten, diese Warnung aufs eindringlichste zu wiederholen. In ihrer Begründung genügt der Hinweis, daß der in Deutschland hinfällig bekannte Herr Hugo Loewy Leiter des Unternehmens ist.

Kriegsschiffen. Im Januar wurden 101 267 Bortonnen Eisen abgegeben. Der tägliche Durchschnitt betrug für Mittageisen (31 Tage) von 66 866 Bortonnen 1828, für Abendlohn an 26 Tagen von 44 601 Bortonnen 1 716, zusammen 3 543 Bortonnen.

pb. Erbrochener Schanaken. Aus einem Schanaken in der Holtenauer sind in verfloßener Nacht 30 Paar Sandhühner gestohlen worden.

pb. Ermittelte Eisenbahn Diebstahl. Ermittelt wurden mehrere hiesige arbeitslose Arbeiter und ein 14jähriger Schulknabe, die in letzter Zeit mehrere Eisenbahn-Diebstahl ausgeführt hatten. Unter anderem war ihnen Kobdenfeld, Wein und Osterkuchen in die Hände gefallen. Einen großen Teil der Diebstahlsverkäufe hat bei einer erst kürzlich wegen Diebstahl zu 3 Monaten Gefängnis verurteilten Zigarrenhändlerin in der Engelstraße für 66 000 Mark. Letztere wurde wegen Diebstahl festgenommen. Die jugendlichen Diebe hatten, um an die Waren heranzukommen, die Eisenbahnwagen erbrochen.

ph. Einbruchdiebstahl. In der Nacht zum 4. d. Mts. sind aus einer Wirtschaft an der Untertrave mittels Einbruches gestohlen worden:

1 Ewarflasken mit etwa 100 Mark, 16 Flaschen Cognac, 8 Flaschen Rotwein, 1 Flasche Bilz, 1 Flasche Rum, 1 Korbflasche mit 10 Liter Bitter, 1 Korbflasche mit 10 Liter Rosnat, 1 Korbflasche mit 10 Liter Bilz, für 8 Mark Briefmarken, 8 Ruten Zigaretten, 2 Schachteln Zigaretten und 8 Mark Wechselgeld.

ph. Diebstahl. Festgenommen wurde ein Heizer eines im hiesigen Hafen liegenden Dampfers, der einem Nebenheizer 190 Mark gestohlen hatte. — Ermittelt und festgenommen wurden ferner 2 Matrosen, 1 Heizer und 1 Trimmer, die von einem bei der Köhleren Schiffswerft liegenden Dampfer mehrere Personen wie vor erheblichem Wert gestohlen hatten. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Prussia, der seinem Arbeitgeber in Lehmrade 1 Vorderkäse und 4 Meismilche und einem Nebenarbeiter einen Anzug und ein Paar langhäftige Stiefel gestohlen hatte. — In der Nacht zum 1. d. Mts. ist auf einer hiesigen Schiffswerft ein 7 Meter langer, 1 Zentimeter breiter und 8 Millimeter dicker Treibriemen gestohlen worden.

Schlusab. Unfall. Auf der Chaussee von Selmsdorf nach hier heute in der Nähe des Hühnerhauses Hohemeile das Pferd eines mit zwei Passagieren besetzten Fuhrwerks. Letzteres führte über eine Böschung in den Chausseegraben und wurde total zertrümmert. Von den Passagieren erlitt eine Dame erhebliche innere Verletzungen und wurde in ärztliche Behandlung gegeben. Die andere Dame kam mit dem Schrecken davon.

Grechsmühlen. Ein heiterer Vorfall spielte sich auf unserem Bahnhofs ab. Kommt da ein Reisender, der anscheinend zur Verdringung will auf dem Bahnhofs an. Auf einmal geht die misgerührte Hühnerchale aus den Augen, und ihr entwirrt ein recht feiner Sack, welcher mit lauem „Kerf“ auf die andere Seite des Ganges rollte. Hob die enge Hühnerchale mit der Hühnerchale verknüpft zu haben. Ohne ihn müßte sein Koffer die Reise antreten, ganz und gutschadlos zurücklassend. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Hamburg. Bestrafung? Vor dem Schöffengericht hatte sich der Fabrikant Martin Stehr zu verantworten, weil er verfassung und gesundheitsgefährliche Nahrungsmittel in den Verkehr gebracht hatte, nämlich Kaffee-Gelatinepulver ein Leimpulver von erheblichem Geschmack, ein Sirrupulver, das als süßlich unbeschädliches Backpulver bezeichnet wurde, und ein Backpulver, von dem der Sachverständige ausging, es sei sehr bedauerlich, daß die Hausfrauen das wenige Mehl durch solche Backpulver verderben könnten. Stehr hat dies für ihn sehr nützlichen Produkte während der Zeit von drei Monaten vertrieben und nach den Verichten über die Verhandlung gegen ihn keinen täglichen Umsatz auf 20—30000 Mark geschätzt, insgesamt also nach seinen Angaben für 2225000 Mark Ware abgesetzt. Nimmt man, was sicher viel zu niedrig gegriffen ist, nur 5 Prozent Reinertriedienst an, so betrug der Geldeinsatz in den drei Monaten 112500 Mark. Und die Strafe? Wegen Verstoßes gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde der Mannsentend zu 1000 Mark Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt, er hat für ein gemeinschaftliches Treiben also nur eine „Abgabe“ von acht Prozent seines Kriegsgewinnes zu entrichten. Der Kriegsanstich für Konsuminteressen weiß mit Recht darauf hin, daß durch solche Urteile die Verbraucher nicht nur gewissenloser Ansehung gefährdet werden und daß sich freizügiger Straßen gegenüber dem gefährlichen Treiben der Nahrungsmittelhändler am Plage wären.

Rechnungen. Ein ziemlich schweres Eisenbahnunfall ereignete sich in Exerort. Der morgens vom Schiffsommende Güterzug überfuhr bei dem herrschenden Nebel das Einfahrtsignal um einige hundert Meter, gerade um die Zeit, als der Güterzug der kurz vorher von der Station Schiffsom abgefahren war, auf der Station anlangte. Mit erheblicher Geschwindigkeit fuhr der Güterzug dem Herkommenden in die Front, wobei ein großer Teil der Wagen aus der Schiene geworfen wurde. Zwei Schiffe aus Richtung und Herkommender nahen sofort die Aufklärungarbeiten auf der Strecke wurde durch Unstimmigkeiten aufrechterhalten. Menschen sind nicht an Schaden gekommen. Dagegen ist der Materialschaden ziemlich bedeutend.

Recht Revolver. Große Heberischwemmungen wurden auf dem hiesigen Teile unterer Preises ermöglicht. Durch den emporstehenden Frost ist der ganze Bezirk in eine Gerölle verwandelt.

Rechtsrevolver. Vom Ruse überfahren und getötet wurde bei Spanholz der 66-jährige Revolver-

Gerade jetzt!

Der „Lübecker Volksbote“ kämpft für einen baldigen allgemeinen Frieden.
Der „Lübecker Volksbote“ kämpft für gleiche Rechte in Reich, Staat und Gemeinde.
Der „Lübecker Volksbote“ vertritt die Arbeiterschaft in ihren Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.
Der „Lübecker Volksbote“ nimmt sich täglich einer besseren Regelung der Ernährungsverhältnisse an.
Der „Lübecker Volksbote“ bekämpft täglich energisch den gerade das arbeitende Volk so arg bedrückenden Wucher und Schleichhandel.

Es wäre bedeutend schlechter um die Versorgung unserer Bevölkerung bestellt, wenn nicht der „Lübecker Volksbote“ die vielen Mängel oft und hart gezeigelt hätte.

Darum: Gerade jetzt müssen unsere Freunde mehr denn je auf dem Posten sein. Mit Genugtuung müssen alle Freunde unseres Blattes in jeglicher Zeit von sich sagen können: Auch ich habe dem Partizipanten, dem „Lübecker Volksboten“, neue Leser zugeführt. Die Auflage des Arbeiterblattes muß ständig steigen. Das zu erreichen, tue jeder seine Pflicht.

Darum nochmals:

Schafft neue Abonnenten für den „Lübecker Volksboten.“

Nach von hier, der früher viele Jahre die Kartellrolle nach Bremen fuhr und nun pensioniert ist. Der Berufslauf war schwachmännig geworden und wird beim Umberirren Spanholz erreicht haben, wo er vom Zuge überfahren ist.

Gedex. Beim Aufsteigen auf den Abendzug nach Rumm ist die Schaffnerin Ubbex abgestürzt. Die Leiche wurde erst einige Zeit nach dem Unfall aufgefunden. Die Verunglückte war Mutter von vier unmündigen Kindern. Dessen Vater bereits Anfang des Krieges gefallen ist.

Theater und Musik.

Stadtheater. Klinge, Heines Frühlingslied. Ein Alt-Göttinger Stück aus Heinrich Heines Rückenschritt von Herm. Stein und Adolf Steinmann. Es ist immer ein gewagtes Unternehmen, Lebensabschnitte unserer bekannten Dichter für die Bühne zu verarbeiteten. Wer das will, mag nicht nur in den Werken des Dichters starr aufsehen, er muß auch aus dem, was uns von ihm hinterlassen worden ist, das herauszuheben verstehen, was gemüßmaßen den Rahmen der Handlung bildet. Das ist, um es gleich so zu sagen, den beiden Verfassern dieses Stückes — von denen Herr Stein vielen von uns als Mitverfasser der auch hier vor einigen Jahren aufgeführten „Kajenenluft“ bekannt ist, während Herr Steinmann als Spielleiter sich die Gunst des Lübecker Theaterpublikums erworben hat — sehr gut gelungen. Was da auf die Bühne gestellt wird, läßt uns jene Jahre und das so viele Jüngere Heines miterleben, während uns ein lebendiger Eindruck in das Gemüt und Empfinden des Dichters, der auch der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterschaft so herzlich Berlin geschenkt hat.

Die Handlung verkehrt uns in die Studienzeit Heines in Göttingen im Jahre 1811. Es war die Zeit der Herrschaft des Wiederwärters, das am Rasthof Pfand, jeden nach sei er auch der

beste Freund, durchgehelt. Störnd auf diese Wiederwärters wirkt nur das lustige, lebensfrohe Auftreten der Studenten, die sich der Bewegung des jungen Deutschlands angegeschlossen haben und zu denen natürlich auch der von seinem reichen Onkel Salomon Heine unterfütterte Student der Rechte, Heinrich Heine, gehört. Von ihm behauptet man, er sei ein — Scharfrichterkind. Das macht ihn und seine engeren Freunde Funke, Waldeck und Wolff um so verdächtig, als er auch noch Jude ist. In farctischen Worten geißelt der junge Heine dieses Philistertum. Aber über alle Trübsal hilft ihn seine Selbstbeimung und der gute Humor seiner Freunde hinweg und so entrollen sich vor unserem Auge fröhliche Bilder. Einen großen, nachhaltigen Eindruck macht auf Heine die spanische Sängerin Catalani, mit der er einige glückliche Stunden verlebte. Ihr hat er es zu danken, daß er auf Grund eines Handels mit dem Studio Wiebel aus Göttingen von der Universität relegiert wird. Um zu verhindern, daß Heine sich mit seinem Widersacher schlagen soll, um ihn der Welt zu erhalten, hat sie diesen Schritt getan. Heine muß zum Wanderstab greifen, nachdem sein Onkel sich auf Grund seiner Weigerung, das Dichten einzustellen und seine Tragödie „Ullamhor“ zu verbrennen, von ihm zurückgezogen hat.

Die Handlung gibt uns also ein Stück eigenen Lebens Heinrich Heines wieder. Sie gewinnt ganz wesentlich dadurch, daß die Verfasser den jungen Heine mit seinen eigenen Worten zu uns sprechen lassen. Viel, wenn nicht alles, hängt natürlich davon ab, wer die Rolle des jungen Heine inne hat; hier liegt sie in den Händen des Herrn Steinhofer, das ist ein guter Griff! Er ist wie geschaffen zur Verkörperung des jungen Heine. Auch seine Freunde, deren Stellen die Herren Biermann (Funke), Rogland (Waldeck) und Landar (Wolff) übernommen hatten, wurden lebenswahr wiedergegeben, insbesondere wurde der etwas blöde und von den Freunden aufgezeigte Wolff sehr gut dargestellt. Die Catalani gab Fr. Schulz mit Wärme und innigem Gefühl. Eine reizende, liebeglühende Lydie gab Fr. Erler. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch hervorgehoben Herr Deutschländer als Onkel Heine, Herr Jung als Wiebel, Herr Schweisguth — der auch die Regie inne hatte — als „tutiger“ Kuchlemann, Herr Pauly als Barbier und die Damen Bern (Malken), Trebe (Gräfin Hahn), sowie Brod (Heines Hausmutter). Die erste Aufführung verlief, von kleinen Unbeheiten abgesehen, zufriedenstellend. Das sehr gut besetzte Haus kargte nicht mit seinem Beifall, der neben den Darstellern auch dem anwesenden Mitverfasser, Herrn Stein, galt. Wir zweifeln nicht, daß dieses Stück sich recht lange auf dem Spielplan unserer Theater halten wird.

Im Stadttheater gelangte gestern vor vollbesetztem Hause als Abschluß der Juleten- und Goldankaufsspiele „Mona Lisa“ zur Aufführung. Wir kommen morgen auf diese in allen Teilen glänzend verlaufene Vorstellung zurück.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Februar. (Amtlich.) U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 13000 Netto-Register-Tonnen. Die Schiffe waren fast sämtlich tief beladen und wurden zum größten Teil im Nermel-Kanal vernichtet. U. a. wurde hier ein großer Frachtdampfer in gewandtem Angriff aus einem Geleitzug herausgeschossen. Namentlich festgesetzt konnte der englische Dampfer „Sungrove“ (3063 Tonnen) werden.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 4. Februar. Den beiden sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags, die beim Präsidenten die sofortige Einberufung des Hauses beantragt hatten, ist jetzt die Antwort des Präsidenten zugegangen. Sie lautet dahin, daß sich die Vorstehenden aller übrigen Fraktionen gegen den Antrag ausgesprochen haben und daß der Präsident ihm daher nicht Folge geben kann.

Stockholm, 3. Februar. Infolge der russischen Hilfe für die Rote Garde ist die Lage der finnischen Bürgergarde natürlich wesentlich erschwert worden, doch wird in unterrichteten Kreisen mit Sicherheit behauptet, daß das finnische Schutzkorps nicht unterliegen, sondern in wenigen Tagen in Heisingfors sein werde. Heisingfors ist jetzt völlig isoliert. Die Bürgergarde steht zwischen der Hauptstadt und Wiborg. Sie trennt dadurch die Rote Garde von den russischen Einheitsgruppen. Die Finnen hoffen beide einzeln zu schlagen und erwarten, daß die Mächte, die Finnlands Selbstständigkeit anerkannt haben, gegen die russische Einmischung protestieren.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Warenausgabe

in der Woche vom 4. Februar bis 10. Februar 1918.

1. Auf die Beanspruchten des Lebensmittelkartenbesitzes und die Lebensmittelkarte.

Wurst: 1 Bratenfleisch über die abgehende Menge er-
Spezialität: 1 folgt am 5. d. Mts.

Wurst: 1/2 Pfund 13-15 je 125 Gramm jeder.

Wurstmittel: 11 125 Gramm Rindfleisch zum Braten
von 90 Wg. für 1/2 kg.

12 250 „ Rindfleisch zum Braten
von 50 Wg. für 1/2 kg.

Wurstwaren: 9 kaltes Fleisch oder Rindfleisch
25 (neues Fleisch oder Rindfleisch) eine H-

Wurstwaren: 25 (neues Fleisch oder Rindfleisch) eine H-

Nachtrag

zur Verordnung vom 7. Dezember 1917 über die An- und Abmeldung vermietbarer, zu Wohnzwecken geeigneter Räume.

Der § 4 der Verordnung ist aufgehoben.

§ 4 a, den 2. Februar 1918.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Nachdem der § 4 der Polizeiverordnung vom 7. Dezember 1917 über die An- und Abmeldung vermietbarer, zu Wohnzwecken geeigneter Räume aufgehoben ist, müssen sämtliche derartige Räume bei dem städtischen Wohnungswachswesen (Menschenstraße Nr. 25 b) unter Benutzung der vorgeschriebenen An- und Abmeldebücher an- und abgemeldet werden.

Es wird ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Nichtbeachtung der Bestimmungen vorgenannter Polizeiverordnung strafbar ist.

§ 4 a, den 2. Februar 1918.

Die Behörde für Wohnungspflege.

Heinrich Peters.
Verkauft von der Göttinger
Bücherei.
Heinrich Peters und
Wilhelm Peters zu
Göttinger, Göttinger,
Ludwig Peters und
Göttinger, Göttinger.
Die Buchführung führt am
an Wilmshausen mit 1 Uhr in
Göttinger, Göttinger.

Zu kaufen gesucht (308)
Kaufmannswaren, Kramen,
Güter, Papier, Zeitungen,
zu höchsten Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Wallenbüschstr. 25.
Telephon 2430.
Waren-Reparaturen.
Bühne Preise (500)
Gr. Auswahl in Wand
Tisch-, Werk- und
Taschenwaren.
Hermann Voß,
Ermacher.
Kleine Straße 34 und Huxstr. 71

Ludwig Frisch, Buchbinder
Wilmshausen 47
Telephon 2430
Kaufmannswaren zu kaufen
zu höchsten Tagespreis

Hansa-Theater.
Heute abend 7 Uhr: 14510
Zum letzten Male:
Mit der Sonnenzeit.

Leas-Broschürensammlung Lübeck.

Papierwoche

vom 3. bis 9. Februar 1918

mit Verlosung von Lebensmitteln, Schulsachen und Büchern.
Angenommen werden alle Zeitungen, Bücher, Hefte, Papppe und Anfallpapier in jeder Menge.

Vergütung

für 1 Pfund geglättetes und gebündeltes Papier 1 Gullschein, für 1 Pfund Anfallpapier oder Papppe 1 Gullschein. Jeder Sammler erhält außerdem 1 Freilos und auf je 20 Pfund Papier noch ein Sonderlos.

Sammelleitelle Salzweider, Holtentor.

Der Wirtschaftsausschuß. 511

Erlösung von allem
heutigen Erdeneind
durch ein neues Staatssystem

Stadttheater.
Dienstag, den 5. Februar 1918
Gastspiel des Thalia-
Theaters, Hamburg:
Baumeister Solness.
Schauspiel von H. Ibsen.
Mittwoch, d. 6. Februar 1918
Die Csardasfürstin.
Donnerstag, d. 7. Febr. 1918
Die lustigen Weiber
von Windsor.
Anfang der Vorstellungen
7 Uhr.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „C. W. Hollstedt“
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „C. W. Hollstedt“
Johannisstraße 46.

Stager-Kühnische | Der 1000 Grammbrot
Göttinger, 1918, H. 2 | 1918
Telephon 2430 | 1918

Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Am 28. Januar lief schon am frühen Morgen die Nachricht bei uns ein, daß in zahlreichen Berliner Betrieben die Arbeit niedergelegt worden sei. Es erschienen dann in schneller Folge Arbeiterdeputationen von Mitgliedern unserer Partei aus vielen Betrieben bei uns, die uns über die schnell um sich greifende Bewegung informierten und die Bitte aussprachen, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Vertreter in die Streikleitung entsenden möge; das sei zweifellos für den guten Verlauf des Streiks, der auch nach ihrer Überzeugung notwendig sei, von der größten Wichtigkeit.

Wir entgegneten, daß der Streik ohne irgend welches Zutun der Partei oder der Gewerkschaften entstanden sei. Die Arbeiter der vom Streik betroffenen Betriebe hätten bereits Delegierte entsandt, die sich zu einem „Arbeiterrat“ konstituiert hätten, der bereits eine Streikleitung gewählt und bestimmte politische Forderungen aufgestellt habe. Angesichts dieser Tatsachen könne uns niemand zumuten, nachträglich eine Verantwortung zu übernehmen.

Die Frage der Arbeiter, ob wir eine Delegation in die Streikleitung zu entsenden bereit sein würden, wenn die Delegiertenversammlung der Streikenden selbst darum ersuche, wurde nach eingehender Aussprache bejaht.

Daraufhin ging eine Kommission der bei uns vorstellig gewordenen Arbeitervertreter in die gerade tagende Versammlung der Delegierten, um zu beantragen, daß Vertreter der S. P. in die Streikleitung eintreten sollten. Noch ehe sie ihren Antrag einbringen konnten, war bereits ein ähnlicher Antrag debattiert und mit 196 gegen 196 Stimmen abgelehnt worden. Die geringe Stimmdifferenz und der neue Antrag veranlaßten die Delegiertenversammlung, die Debatte von neuem aufzunehmen. Gen. Wuschel begründete den Antrag in sachlicher Weise und fügte hinzu, daß der Parteivorstand bereit sein werde, eine Vertretung in die Streikleitung zu entsenden, falls die Versammlung entsprechend beschliesse. Der Abg. Ledebour bekämpfte den Antrag in heftiger Weise. Nach den beiden Reden wurde die Debatte geschlossen. Die Abstimmung ergab nunmehr ca. 360 Stimmen für und nur etwa 40 gegen den Antrag.

Wir stimmten dem Beschluß zu. In das Aktionskomitee der Delegiertenversammlung traten nun zu den bereits gewählten elf Arbeiterdelegierten und den drei Abgeordneten Dittmann, Haase und Ledebour drei Mitglieder der Parteivorstandes: Braun, Ebert und Scheidemann. Der Eintritt erfolgte unter der den Arbeiterdelegierten unserer Partei gegenüber ausgesprochenen Voraussetzung, daß das Aktionskomitee entsprechend der mittlerweile erfolgten großen Ausdehnung des Streiks erweitert bzw. umgestaltet und eine nochmalige Beratung der bereits aufgestellten Forderungen ermöglicht werden.

Im Laufe des 29. Januar wurden alle Versammlungen, auch die der Delegierten der ausständigen Arbeiter verboten. Das Aktionskomitee befaßte sich infolgedessen nach dem Ein-

tritt unserer drei Genossen, die zu den bereits aufgestellten Forderungen weder in sachlicher noch in formeller Beziehung irgendwie hatten Stellung nehmen können, sofort mit der Frage, wie eine Versammlung der Vertreter der streikenden Arbeiter zu ermöglichen sei. Scheidemann wurde beauftragt, bei dem Herrn Staatssekretär des Innern, Wallraf, telefonisch um eine Unterredung zu ersuchen, in der man sich über das Versammlungsverbot und das Versammlungsrecht zu unterhalten wünschte, um den streikenden Arbeitern schnellstens die Möglichkeit zu verschaffen, Stellung zur gesamten Situation zu nehmen und Beschlüsse zu fassen. Scheidemann sollte dem Staatssekretär mitteilen, daß die zu ihm zu entsendende Delegation aus je zwei Abgeordneten der beiden Fraktionen und fünf Arbeitern des Aktionskomitees bestehen sollte. Herr Wallraf antwortete telefonisch, daß er wohl die Abgeordneten zu empfangen bereit sei, nicht aber die Arbeiter aus dem Streikkomitee. Scheidemann widersprach dieser Auffassung, erklärte sich aber bereit, dem Aktionskomitee davon Kenntnis zu geben und erwirkte das Einverständnis des Herrn Staatssekretärs, daß dieser sich für 12 Uhr mittags auf jeden Fall zu einer Aussprache bereit halten wolle, gleichviel, ob eine Unterredung zustandekomme oder nicht.

Das Aktionskomitee lehnte es ab, die Arbeiter ausschalten zu lassen, ließ aber dem Staatssekretär erneut sagen, daß um 12 Uhr zwei Abgeordnete (Haase und Scheidemann), sowie zwei Arbeiter zu ihm kommen würden um ihm lediglich Mitteilungen über das Versammlungsverbot zu machen.

Herr Wallraf erklärte sich, als die Deputation im Reichsamt des Innern erschien, bereit, die Abgeordneten zu empfangen, blieb aber den Arbeitern gegenüber bei seiner Ablehnung. Er übertrug seine Stellungnahme auch nicht, nachdem ihm durch einen Ministerialdirektor, der als Mitteilsperson fungierte, noch einmal ausdrücklich gesagt worden war, daß die Deputation mit ihm nicht über politische Fragen verhandeln, sondern nur Mitteilungen der bereits erwähnten Art zu machen wünsche. Die beiden Abgeordneten erklärten sich nicht bereit, mit dem Staatssekretär ohne Hinzuziehung der Arbeiter zu verhandeln.

Durch das Oberkommando der Marine wurde dann auch den Mitgliedern des Aktionskomitees jede mit dem Streik im Zusammenhang stehende Tätigkeit unter Androhung der in Betracht kommenden Strafen verboten.

Der Streik nahm erheblich zu. Die streikenden Arbeiter konnten sich jedoch nirgends versammeln; der „Vorwärts“ wurde verboten. Am 31. Januar kam es auf Straßen und Plätzen zu Ansammlungen. Im Laufe des 31. Januar fand im Anschluß an eine Unterredung über Wirtschaftsfragen mit dem Staatssekretär von Stein eine Aussprache zwischen dem Reichsanzler und den Abgeordneten Schmidt und Bauer-Breslau statt, um eine Basis zu suchen, auf der Verhandlungen stattfinden könnten. Der Reichsanzler erklärte sich zu Verhandlungen bereit, wenn außer den Abgeordneten der beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Generalkommission als Vertreterin der Gewerkschaften beteiligt werde. Es könnten dann auch noch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter deren Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Streik nicht nachgeprüft werden sollte, an den Verhandlungen teilnehmen.

Es muß betont werden, daß die Generalkommission der Gewerkschaften ihre Neutralität gegenüber der Streikbewegung öffentlich erklärt hatte, da es sich offensichtlich um einen politischen Streik handelte. Einige Abgeordnete der beiden sozialdemokratischen Fraktionen besprachen die gemachten Vorschläge und kamen zu der Entschliesung, dem Reichsanzler zunächst folgendes Telegramm zu senden:

„Unterzeichnete Abgeordnete und fünf Funktionäre der Gewerkschaftsorganisationen, die von den Streikenden als ihre Vertrauenspersonen bezeichnet worden sind, ersuchen, empfangen zu werden, zunächst zur Erörterung des Versammlungsrechtes. Antwort an Abg. Ebert und Ledebour.“

Obert. Haase, Ledebour, Scheidemann.

Nachdem dieser Vorschlag abgelehnt war, verständigten sich die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei dahin, dem Reichsanzler nunmehr vorzuschlagen, einer Verhandlungskommission in folgender Zusammenetzung zuzustimmen: Haase und Ledebour, Ebert und Bauer, sowie drei gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Nach diesem Vorschlag wäre zwar die Generalkommission nicht offiziell, aber doch durch einen ihrer Vorsitzenden, der als sozialdemokratischer Abgeordneter an Stelle Scheidemanns eintreten sollte, vertreten gewesen. Nach diesem Vorschlag hat der Reichsanzler nach mehrmaligen Verhandlungen abgelehnt, weil er darauf bestand, daß die Generalkommission der Gewerkschaften offiziell bei den Verhandlungen vertreten sei. Die Kommission so zusammengesetzt, wie der Reichsanzler wünschte, hat die Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei abgelehnt.

Unsere Bemühungen, Verhandlungen herbeizuführen, sind demnach gescheitert. Eine Entscheidung der Delegiertenversammlung der streikenden Arbeiter über die Zusammenetzung einer Verhandlungskommission läßt sich wegen des Verbots aller Versammlungen nicht herbeiführen.

Berlin, den 1. Februar 1918.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei.

Die Gewerkschaftsvorstände zu den Streiks.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte die Vertreter der Verbandsvorstände zu einer Konferenz zum 1. Februar nach Berlin einberufen. Die Konferenz beschäftigte sich mit den gegenwärtigen Streiks und nahm als Ergebnis ihrer Beratungen folgende Entschliesung an:

„Die Vertreter der Gewerkschaften haben einstimmig die Auffassung, daß für die jetzigen politischen Streiks in erster Linie die innerpolitischen Verhältnisse und die Haltung der Regierung verantwortlich zu machen sind.“

Die Gewerkschaften stehen diesen Streiks fern, ihre Leitungen sind an ihnen in keiner Weise beteiligt. Wohl aber sind von den Gewerkschaftsleitungen die entscheidenden Stellen im Reich seit Monaten mündlich und schriftlich ersucht worden, die Ursachen zu beseitigen, welche die steigende Erörterung der arbeitenden Bevölkerung hervorgerufen haben. Weder haben diese Warnungen keine genügende Beachtung gefunden.

Die Anordnungen des Stellvertretenden Generalkommandos, die der Arbeiterkraft die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes beschränken oder völlig unmöglich machen, sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse verhindern, sind nicht gemildert, sondern zum Teil verschärft worden.

Die Enttäuschung der Bevölkerung ist, entgegen den Wünschen der Gewerkschaften, in einer Weise gereizt worden, die den Schleichhandel und Lebensmittelwucher ermöglicht und die Produkte nicht bei dem Erzeuger erfährt. Die unzureichende Ernäh-

ung, kein Schlaf wurde von schaurigen Ahnungen durchzogen. Was den Prinzipal betraf, so setzte ich bestimmt voraus, er sei noch nicht zu Hause; er müßte das Kammergeschrei des Hundes so gut wie wir gehört und den Viebling mit hereingenommen haben.

Unterdessen hatte der Doktor aus seinem Schnupftuch eine Schlinge gemacht, hatte sie dem Hunde um den Hals geworfen und zerrte ihn hervor. Vergebens hat ich, seiner zu schonen; der Doktor erzählte den anderen, wie ich eigentlich um dieses Hundes willen die Gunst des Prinzipals verschert habe; jener trug er vor, dieser feiste Mops sei der Liebling seiner beiden Töchter, der Jungfer Barbara und Philipp, und er müsse exemplarisch geächtet werden für die Frechheit, abends so spät aus dem Hause zu gehen. Darauf hielt die Gesellschaft einen kurzen Kriegsrat und der arme Janni wurde förmlich das Todesurteil gesprochen. Nur konnte man sich nicht gleich über die Todesart einigen. Der Doktor wollte den Hund mit nach Hause nehmen, um zum Besten der Menschheit, wie er sich ausdrückte, interessante Versuche mit Blausäure an ihm zu machen, wogegen sich aber ein Jurist heftig aussprach, indem er behauptete, Hinrichtungen mittels Gift seien gänzlich aus der Mode gekommen und er stimme vielmehr dafür, daß Delinquentin gehängt werde.

Da diese Ansicht des Juristen den anderen einleuchtete und Doktor Burbus sich überstimmt sah, so dat er sich entschlossen aus, daß Janni am feinsten Soldaten achtet werde; auch hiergegen protestierten die anderen als eine Verletzung des Respekts gegen den alten gebietenden Kriegsmann. Als aber einer im Übermut rief: „A la lanterne!“ brüllten die anderen dieses schreckliche Wort nach, und zwei machten sich gleich daran, den Laternenkasten aufzubrechen und den Strick zu lösen, worauf die brennende Straßenlaterne langsam und feterlich herabstiehwie.

Sowelt hatte ich die Verhandlungen kommen lassen, aber in diesem entscheidenden Augenblick sprang ich dazwischen, ergriff den Hund bei einem Bein und erklärte angesichts des schauerlich leuchtenden Galgens, daß ich den Tod des Hundes nunmehr zugeben würde. Ich sprach eilig und lange verwirrtes Zeug durcheinander und weiß mich nur noch zu erinnern, daß ich unter anderem sagte, ich werde nötigenfalls laut schreien und die Polizei zu Hilfe rufen. Diese letzte Drohung schien zu wirken. Zuerst trat Doktor Burbus lächelnd auf meine Seite, indem er erklärte, er wolle sich eine andere Strafe gefallen lassen, aber Rückstimmung müsse stattfinden. Nach und nach traten ihm die anderen bei, bis auf den Juristen, der hartnäckig behauptete, es sei selbst dem Gerichtshof nicht zu, die einmal ausgesprochene Todesstrafe willkürlich in eine andere zu verwandeln. Er wurde aber überstimmt, und als ich der Doktor vorschlug, man solle das Licht in der Straßenlaterne auslösen, den Hund lebendig einsperren und dann die ganze Maschine wieder hinaufziehen, wurde dies mit Jubel angenommen und sogleich ausgeführt. Janni wurde, nachdem die Lampe ausgeblasen worden, in die sehr geräumige Laterne eingeschlossen, in die Höhe gezogen und ihrem Schicksal überlassen.

(Fortsetzung folgt.)

Handel und Wandel.

Von F. W. Hasländer.

14. Fortsetzung.

Das ließ ich mir denn auch nicht zweimal sagen und erzählte all die kleinen freundschaftlichen Renouvoirs mit Barbara, in die ich durch Janni, durch Philipp, durch die krampfällende Medizin und durch Doktor Burbus verwickelt worden. Daß ich die Farben etwas stark auftrug, kann man sich leicht denken und damit entstand ein so großes Bild von Charakter der bösen Jungfer, daß die Großmutter ernsthaft den Kopf schüttelte und meine Tante, die unterdessen auch eingetreten war, mehermal sagte: „Ah, das ist stark! das ist sehr stark!“ Aber die Schmiebin erst — die lasse und meinte durcheinander; jeht erprekte ihr mein trauriges Schicksal die herzbigen Tränen, und gleich darauf triumphierte sie, daß sie sich in Jungfer Barbara nicht geirrt. Ich ermangete auch nicht mit einzusetzen, daß ich im Geschäft des Herrn Reichmehl so gut wie gar nichts lerne, daß nichts anderes vorkomme, als Kaffe und Zucker wiegen uß. „Und deshalb“ schloß ich meine Klage, „will ich ebenso gern Schneider werden, als noch länger im Hause dort bleiben, wo es ohnehin so unheimlich ist, daß man nicht anders glauben kann, als es müße ein Geist umgehen.“

Für diese letzte Äußerung warf mir die Schmiebin einen sehr dankbaren Blick zu; sie nahm meine Verteidigung mit einer Jungensfertigkeit auf und unterstützte meinen Wunsch, das Reichmehlsche Haus zu verlassen, mit so triftigen Gründen, daß sich am Ende Großmutter und Tante bestimmen ließen, vorläufig ihre Einwilligung zu geben, wenn nämlich der Vormund nichts dambider habe. — Wer war glücklicher als ich, daß dieser Sturm so gut vorübergegangen war! Während des Nachtessens wurde ich so led, daß ich, allerdings vorsichtig, anfang von der Sceletgeschichte zu erzählen, was die ganze weibliche Gesellschaft, die mir aufmerksam zuhörte, so ergözte, daß sie, einschließlic meiner Großmutter, kaum aufsprachen. Im Eifer des Gesprächs war es spät geworden, und nachdem mir meine Großmutter fest verprochen, gleich morgen früh dem Vormund zu schreiben und so meine Lösung aus den Reichmehlschen Banden zu erlangen, stand ich auf, um mich zu empfehlen.

11.

Das heimliche Gericht.

Es war hohe Zeit, daß ich mich nach Hause verfügte; die Uhren schlugen alle die elfte Stunde, und wenn ich auch so genau nachzählte, es hatte sich keine getrrt. Der Himmel, der abends bewölkt gewesen, hatte sich aufgeklärt, aber es war um so kälter geworden, und es froh still vor sich hin. Die Wasserläden an der Straße waren mit einer dünnen Eisdede überzogen und knarnten unter meinen Fußtritten. Aus den Wirtshäusern kamen zahlreiche Gäste, da mit der Polizeistunde die Lichter gelöscht werden mußten, und nur in großen Gasthöfen und geschlossenen Gesellschaften war alles noch munter und lebhaft. Ich kam aus den dunklen Straßen in die feineren wüßigen des Stadtviertels,

wo wir wohnten; da gewahrte ich plötzlich auf einer Seite der Häuser fünf bis sechs Leute, die leise zusammen lachten und mit etwas beschäftigt schienen. Was mochte es sein? Als ich genauer hinsah, bemerkte ich, daß sie vor einer großen Fuhrwarenhandlung standen. Einer trug auf der Schulter ein langes Brett und ein anderer schwang sich auf die Fensterbrüstung, nahm dem ersten das Brett ab und befestigte es oberhalb der Tür, was alles in weniger als einer Minute geschah war. Dann traten sie vor das Haus hin und betrachteten mit unterdrücktem Gelächter ihr Werk. Gar zu gern hätte ich gewußt, was die Leute eigentlich machten, und ich blieb nicht nur stehen, sondern trat einen Schritt näher. Auf einmal wurde mich einer gewahr und alsbald kamen ihrer zwei auf mich zu, die in Manieren und Aussehen überraschende Ähnlichkeit mit meinem Freunde, dem Doktor Burbus hatten. Sie geriet in einen Wortwechsel mit ihnen. Eben hatte mir einer die Mütze vom Kopfe gerissen, als auch die anderen, die bisher im Schatten des Hauses geblieben waren, in die Mitte der Straße eilten, und es wäre mir vielleicht schiefst ergangen, wenn nicht plötzlich eine wohlbelannte Bassstimme die Worte ausgerufen hätte: „Ei, ei, das ist ja mein Freund Patient! Ladenjüngling, woher des Weges?“

Ich war hoch erfreut, den Doktor hier zu sehen, und beflagte mich über das Verschwinden seiner Kameraden. Der Doktor gab mir halb und halb recht; er stellte mich der ganzen Gesellschaft vor und verbürgte sich für meine gute Aufführung, worauf mir erlaubt wurde, mitzugehen und jernerhin am großartigen „Mffen“ teilzunehmen. Dieses Wort war mir ganz fremd. Um mir einen Begriff davon zu geben, führte mich der Doktor an das Haus, vor dem ich die Gesellschaft gefunden, und ich sah nun, daß die Herren neben dem Schild mit der Aufschrift „Fuhrwarenhandlung“ ein anderes hingepflanzt hatten, auf dem zu lesen stand: „Salamme kehricht, privilegierte Behamme.“ — Was aber das fernere Mffen betraf, so hatte der Himmel ein Einsehen; dicke Wolken, die per Wind auf einmal über unseren Häuptern zusammengeweht hatte, legten sich ins Mittel und sandten ein mit Regen vermischtes Schmegegels über herab, das den Aufenthalt auf den Straßen sehr unangenehm machte, weshalb beschloffen wurde, ruhig nach Hause zu gehen und allenfalls mitzunehmen, was sich von selbst darbote.

So kam ich mit dieser Gesellschaft lustiger Brüder in die Gegend des Reichmehlschen Hauses, und meine Sejnorgnis, wie ich zu so später Stunde ins Haus kommen sollte, war nicht gering. Als wir beim Hause vorbeikamen, hörten wir plötzlich zu den Füßen des feinsten Kerls ein heiseres Gellen, worauf der Doktor eilig mit der Hand hinriss, sie aber heftig zurückzog, indem er versicherte, es habe ihn etwas in die Finger gebissen. Jetzt wurde die Sache genauer untersucht, und da fand es sich denn, daß es Janni war, unser alter, feister Mops, der wer weiß durch welche Lücke des Schicksals ausgeschlossen war, um die Nacht hier in Schnee und Regen zu verbringen. Hätte Jungfer Barbara auf ihrem weichen Lager das schreckliche Geheul ihres Lieblinges gewahrt, sie hätte kein Auge geschlossen, und erst Philipp! ich war

gewagt, sie hatte kein Auge geschlossen, und erst Philipp! ich war

...ung der großen Masse des Volkes ist nicht allein auf den Mangel an Nahrungsmitteln, sondern zum großen Teil auf die ungenügende Organisation zu ihrer Erfassung zurückzuführen.

Auch dem Verlangen nach einem baldigen Frieden der Bevölkerung, das die große Mehrheit des deutschen Volkes mit der Arbeiterschaft teilt, hat die Regierung nicht ausreichend Rechnung getragen. Sie hat es unterlassen, den amerikanischen Beziehungen der Vaterlandspartei und ähnlicher Gruppen eine angemessene Abgabe zu erheben.

Die Verhandlungen im Verfassungsausschuss des preussischen Landtages über die Wahlrechtsvorlage haben die Empörung in der Arbeiterschaft schließlichs gefördert, daß es zu den Arbeitseinstellungen gekommen ist.

Das jetzige Verbot aller Versammlungen der Streikenden durch die Militärbehörden trägt weiter zur Vermehrung der Erbitterung bei und macht es zugleich unmöglich, eine zurechtgeleitete Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen.

Am so entschiedenem

Nicht durch Gewaltandrohungen und Gewaltmaßnahmen, sondern nur durch ein offenes Verständnis für die tatsächliche und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Volksschichten können innere Konflikte vermieden werden.

Die Vertreter der Gewerkschaften werden nach wie vor ihre Kraft einsetzen, die Landesverteidigung zu sichern und sie haften es deshalb für ihre Pflicht, in dieser Stunde nochmals die erste Mahnung an die Regierung und die Militärbehörden zu richten, den Wünschen und Bedürfnissen der Arbeiterschaft in dem erforderlichen Umfang Rechnung zu tragen.

Bereitstellung von Reismitteln für die Entfaltung der infolge Kohlenmangels leidenden Arbeiter.

Infolge der Transportschwierigkeiten des Winters ist eine Reihe von Betrieben durch unzureichende Kohlenlieferung vorübergehend zum Stillstand gekommen. Ob dieser Uebelstand schon binnen kurzem überwunden sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Die schwerwiegenden Folgen der Stilllegung zeigen sich, von der Unterbrechung der Produktion abgesehen, in den unheimlichen Forderungen der Arbeiterschaft. Dabei erfordert die Arbeitslosigkeit, daß die Arbeiterschaft zur Vermittlung des Betriebes bleibt, um sofort die Produktion erneut aufnehmen zu können, sobald die Kohlenzufuhr wieder einsetzt.

Es entstand nun die Frage, wer bei unzeitweiligen Forderungen die Arbeiter zu entschuldigen habe. Die Rechtslage war schon im Frieden oft streitig. Geht man jetzt hinzu, daß der Arbeitgeber durch die Beschlagnahme und Rationierung der Kohlen gar nicht in der Lage ist, aus eigenem Vermögen heraus dem Arbeiter zu helfen. Da das Reich die Verteilung der Kohlen übernommen hat und da es an einer möglichst kurzen Unterbrechung der Produktion das größte Interesse hat, ist es an der Frage fast beteiligt. Hätte man die Regelung von Fall zu Fall der Nachprüfung überlassen, so wäre zweifellos eine Fülle von Verhandlungen und verschiedenen Entschädigungen ergangen, die zu neuen Streitigkeiten Anlaß gegeben hätten. Es müßte aber darauf ankommen, eine einfache und einheitliche Lösung zu finden. Dabei kann man dem Arbeitnehmer nicht unterlegen, den Ausfall der teilweise umfangreichen Forderungen allein zu tragen. Schonung kann man nur dem Arbeitgeber verlangen, daß er die Entschädigung für alle Arbeitnehmer allein übernimmt, denn auch für größere Betriebe würde eine solche Verpflichtung über die Kräfte gehen. Schließlich kann man aber auch nicht die ganze Last dem Arbeiter zuschieben. Auf Grund dieser Überlegungen trat der Chef des Kriegsamtes, General Schenk, an das Reichswirtschaftsamt heran, damit Verhandlungen mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiterschaft herbeigeführt werden. Diese Verhandlungen haben denn im Reichswirtschaftsamt unter der Leitung des Staatssekretärs Professor von Stein stattgefunden und sind zu einer ersten Verständigung gelangt.

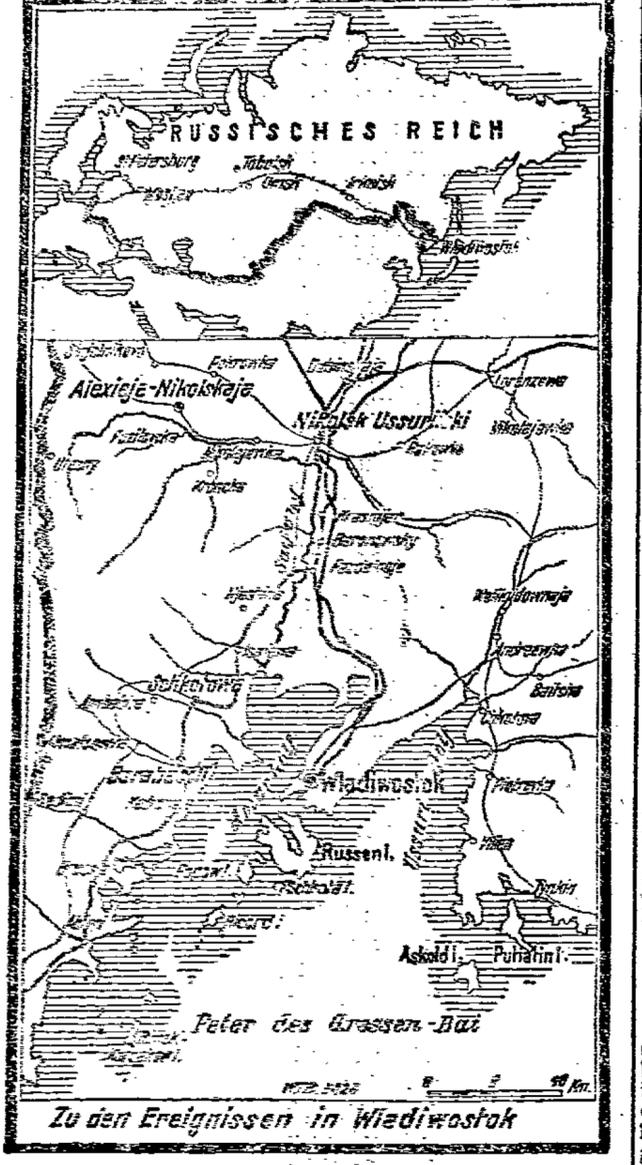
Das Reich bereitet sich an der Entschädigung, deshalb ist ein Bundesratsbeschluss herbeigeführt worden, durch den Mittel bereitgestellt werden, aus welchen Zahlungen für die Entschädigung der infolge der Kohlenmangel leidenden Arbeiter gemacht werden. Die Entschädigung wird unter folgenden Bedingungen gewährt: In jedem Falle können nur Entschädigungen und Befreiungen der Arbeit im Gebiet der Rationierung und Ernährungsmittel, die in der Zeit vom 2. Januar bis 31. März 1918 fallen und unmittelbar oder mittelbar durch Kohlenmangel herbeigeführt worden sind. Die letztere Voraussetzung würde zum Beispiel auch dann erfüllt sein, wenn ein Werk für seinen Betrieb erforderliche Halbfabrikate infolge Kohlenmangels, der bei einem anderen Unternehmen eingetreten ist, nicht erhalten kann. In besonderen Fällen kann das Kriegsamt entscheiden, ob eine Arbeitseinstellung auf Kohlenmangel zurückzuführen ist.

Die Entschädigung beträgt 70 Prozent des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes. Sie wird für diejenigen Stunden gewährt, die die Arbeiter infolge der Arbeitseinstellung an der betriebsüblichen Wochenarbeitszeit (siehe Arbeitszeit) verlieren. Es wird also nicht eine Entschädigung gewährt, wenn die Arbeit nicht völlig eingestellt, sondern nur eingeschränkt wird. Außerdem enthält die Entschädigung, wenn die ausgefallenen Arbeiterstunden in der gleichen Kalenderwoche durch Nacharbeit wieder eingeholt werden.

Wieder gelohnte Arbeiter nicht zusätzlich eine Lohnminderung auszusprechen, sondern als Lohnersatz. Dieser Lohnersatz trägt die Bestimmungen des Bundesrats vom 2. Januar als eine Bundesratsverordnung herbei, die zu werden der volle Bundesratsbeschluss als Entschädigung gewährt wird. Jedoch ist eine obere Grenze vorgesehen, über die hinaus der Betrag der Entschädigung nicht steigen darf. Um den wirtschaftlichen Schaden und den Arbeitsverlust in den einzelnen Betrieben des Reichs gerecht zu werden, sind nicht nur die Höhe der Entschädigung, sondern auch die Höhe des Lohnersatzes, die Höhe der Entschädigung gegeben worden. Selbstverständlich ist eine Entschädigung nicht gewährt, wenn der Arbeiter andere Arbeit erhalten hat. Die Höhe der Entschädigung ist abhängig von der Dauer der Entschädigung, wobei die Entschädigung in Höhe der Entschädigung gewährt wird, ohne daß die Höhe der Entschädigung für den Arbeiter zu hoch sein kann.

Zu den Ereignissen in Wladiwostok.

Der Geschäftsträger der japanischen Botschaft in Petersburg übermittelte dem Kommissar des Auswärtigen eine Erklärung seiner Regierung auf den Protest des Rates der Volksbeauftragten gegen die Besetzung der Hafenanlagen von Wladiwostok durch japanische Truppen. Nach dieser Erklärung wäre die Landung japanischer Detachements zum Schutze des Lebens und Eigentums der Ausländer in Wladiwostok notwendig geworden. Die japanische



Zu den Ereignissen in Wladiwostok

Regierung sei verpflichtet, weitere Angriffe gegen die konsularischen Repräsentationen in Wladiwostok und die Vernichtung japanischer Eigentums zu verhindern. Für die bisher durch Ausbreitung des Feindes angerichteten Schäden an japanischem Eigentum müßten Garantien für Ersatzleistung der geschädigten japanischen Bürger geschaffen werden. Dieser letzte Punkt ist entfallen, daß die japanische Regierung mit einer anderen Lösung Wladiwostoks rechnet, um sich für die durch die Annäherung der ausländischen Anlieheren ersitzenden finanziellen Verluste schadlos zu halten.

Emil Döblin gestorben.

Ein großes, überaus arbeitsreiches Leben hat am Donnerstagabend seinen Abschluß gefunden: Döblin, der langjährige Vorsitzende des deutschen Buchdruckerbundes, ist von einer heftigen Grippe infolge durch den Tod abgerufen worden. Gleich seinen Beruf als Schriftsteller hat die Buchdruckerbewegung durch den Tod Döblins wie im Jahre 1912, als ein ihm gleicher, Döblins, der dem deutschen Arbeiterbewegung durch den Tod entzogen wurde, dem Verluste mit außerordentlichem Interesse teilgenommen und in der politischen Bewegung hervortretend tätig. Döblins Wissen und Schaffen konzentrierte sich auf rein gewerkschaftliche Tätigkeit, die, soweit er sie für den Buchdruckerbund ausübte, immer in vielen Fragen richtunggebend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung überhaupt wurde. Seine großen organisatorischen Verdienste für keine engere Gewerkschaftsorganisation zu wägen, wird Aufgabe dieser Schrift sein, für uns gilt es hier nur, seine persönliche Stellung als Gewerkschaftsführer im allgemeinen zu würdigen.

Döblin war der eifrigste Vertreter des Tarifvertragsgedankens, der am Anfang der letzten Jahre in Deutschland ausgebreitet war, im Laufe der Zeit sich aber fast ganz verloren hat. Als nach dem im Jahre 1912 erfolgten Kampfe um den Kennenstandtag im Buchdruckerberufe die Organisation sich allmählich wieder erhob, war es ihr Vorsteher, der in den nachfolgenden Jahren, seit 1916, am Wiedereinstellen der Tarifvertragsfrage emsig wirkte. Er galt als bester Kenner der Tariffrage und gewissermaßen als Gewerkschafts- und Arbeiterführer, während er sich nicht nur in Gewerkschaften als Vertreter geltend machte, sondern auch von anderen Kreisen zur hohen Meinung angesehen. Sein Ziel war, durch eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation in allen gewerkschaftlichen Fragen und Selbstverwaltung zu unterstützen. Sein großer Sieg der gewerkschaftlichen Bewegung brachte ihm nichts als ein wenigstens mancher empfindliche Angriff, die am meisten in früheren Jahren gegen ihn und seine Organisation erhoben wurden. Und eine Strafe für die Gewerkschaft aber notwendig und sehr schmerzliche Döblin wurde von ihm beantwortet und in der Tat in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig. Döblin war ein Mann, der in der Gewerkschaftsbewegung als ein Mann galt, der in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig war. Döblin war ein Mann, der in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig war.

Seit Döblin vorigen Jahres im Jahre Döblin. Seine nächste Aufgabe und Aufgabe seines Lebens war die Gewerkschaftsbewegung in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig war. Döblin war ein Mann, der in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig war. Döblin war ein Mann, der in der Gewerkschaftsbewegung hervortretend tätig war.

...lagen, denn einer ist... kann für sie nicht mehr wirken. Sein Andenken aber wird fortleben und sein Lebenswerk wird in der deutschen Gewerkschaftsbewegung als leuchtendes Vorbild allezeit bestehen.

Ernährungsfragen.

Kaum glaublich! Die Stadt Buer (Westfalen) erhält, wie Oberbürgermeister Dr. Ruffell in der Sitzung des Lebensmittel-Ausschusses mitteilte, infolge eines Schreibfehlers 50000 Zentner Kartoffeln zu wenig. 266000 Zentner wurden der Stadt von der Reichsartoffelstelle zuerkannt, jedoch lautete die Anweisung nur auf 236000 Zentner. Da jetzt die Reichsartoffelstelle keine Kartoffeln mehr liefern kann, muß die Stadt selbst sehen, wie sie sich hilft.

Für unsere Feldgrauen.

Behrpflichtige als Arbeiter in den Balkanstaaten. Vielfach sind deutsche Arbeiter, die noch in wehrpflichtigem Alter stehen, im Laufe des Krieges nach den Balkanländern gegangen, um dort in kriegswichtigen Betrieben tätig zu sein. Veranlassung für sie war die Aussicht auf hohen Verdienst neben der Möglichkeit, sich eine Lebensstellung zu schaffen. Meist war aber nicht bekannt, daß nach einer Anordnung des Generalquartiermeisters, der die Verantwortung für die Beherrschung wehrpflichtiger in den Balkanländern trägt, deutsche Wehrpflichtige zu Privatbetrieben in diesen Ländern, als Soldaten kommen zu dürfen werden müssen. Die Kommandierung soll einerseits dem kommandierten Anspruch auf militärische Verpflegung im Krankheitsfalle geben, andererseits aber den Militärbehörden die militärische Kontrolle ermöglichen. Das Tragen von Uniform wird deshalb für zweckmäßig gehalten, weil deutsche Facharbeiter bei Betrieben in den Balkanstaaten im allgemeinen nur für hochqualifizierte Arbeiter und für die Beaufsichtigung und Anlenkung einheimischer Arbeitskräfte Verwendung finden. Die kommandierten Arbeiter sollen jedoch keine militärische Lohnung erhalten, sondern haben unentgeltlich Anspruch auf den gleichen Verdienst, den jeder andere, nicht kommandierte, freie gleichwertige Arbeiter erhält.

Aus dem Gerichtssaal.

80000 Mark Geldstrafe für Wucher mit Soda und Salz. Der Kaufmann März wurde vom Landgericht Dresden zu 80000 Mark Geldstrafe oder einem Jahre Gefängnis verurteilt wegen Wuchers mit Soda und Salz.

Ein ganzes Güterlager zusammengehohlen. Die Strafkammer in Altona verurteilte den Schaffner Friedrich Schulz, der von dem Boden des Güterbahnhofes ein ganzes Warenlager zusammengehohlen hat, zu einem Jahr, sechs Monaten Gefängnis.

Aus Nah und Fern.

Was uns bitter tut! Der Ernst der Zeit stellt unsere obersten Behörden vor immer neue Aufgaben. Sie zeigen sich diesen Aufgaben gewachsen. Täglich wird das bewiesen. Jetzt ist in den Ministerialstuben die ebenso dringliche wie zeitgemäße Frage gestellt worden, das Wort "Oberlehrer" durch einige klingendere und zugleich ausländischere Bezeichnungen zu ergänzen. Es wurde beschlossen, daß sich die Laufbahn in Zukunft nach dem Vorbilde der gerichtlichen in drei Stufen teilt, für die die Titel Studienreferendar, Studienassessor und Studienrat bzw. Geheimer Studienrat vorzusehen sind. Der letzte Titel dürfte als Ersatz für den "Professor" verstanden werden, der mehr als bisher den Universitäten vorbehalten bleiben soll. Jedenfalls steht man an diesen habnabrechenden Neuerungen wieder einmal, daß die deutsche Titelliste durch den Krieg nicht die mindeste Beeinträchtigung erfahren hat. Vor ein paar Wochen las man erst, daß für die Apotheker eines deutschen Staates der Titel "Pharmazie" eingeführt wurde. Wie es uns nie an Rat gefehlt hat, fehlt es uns auch keineswegs an Räten. Wir haben Admiralkräte, Amts-, Amtsgerichts-, (Land-, Kreis-, Kammer-, Kreis-, Oberverwaltungs-, Militärgerichts-), Archiv-, Bau-, Berg-, Post-, Kraft-, Domänen-, Finanz-, Kanzlei-, Kommerzien-, Kammissions-, Konsular-, Kreis-, Land-, Landes-, Legations-, Meisterrats-, Medizinal-, Ministerial-, Oekonomien-, Post-, Polizei-, Pharmazie-, Regierungs-, Studien- und Waisenräte, die Interferenzen "geheim" und "Öber" sowie weniger bekannte Abarten nicht einzurechnen. Und das Bestreben der Behörden, die Titel zu vermehren und zu verfeinern, ist ein Beweis, daß man auf der Höhe ist und erkannt hat, was dringend und dringend notwendig ist.

Verhaftet und verpöht ist nur der - Arbeiterrat. Scheitert. Der Doktor eines in Sande bei Bergeborf wohnhaften Patienten erkrankte in Berlin an Gabequittung und bald darauf wurde der Vater hier von dem Tode seiner Tochter benachrichtigt. Er reiste nach Berlin und traf alle Vorbereitungen zur Beerdigung. Nach dreitägigem Scheitern erwachte das Mädchen wieder, erholte sich nach von seinem Schrecken und konnte bald darauf mit seinem Vater wieder nach Hause fahren. Zwei Kinder erkranken. Bei einem Küchenbrand sind zwei Kinder in Neukölln erkrankt. Hier wohnt ein Arbeiterpaar, dessen das eine Tochter Maria von 7 Jahren und einen Sohn Irwin von 5 Jahren besitzt. Beide sind im Febr. Das Mädchen wurde gelähmt und bettlägerig. Die Mutter mußte nachmittags einen notwendigen Gang machen. Die beiden Kinder waren unterdessen allein zu Hause. Gegen 11 Uhr wurden die Kinder durch einen Brandgeruch auf die Wohnung aufmerksam. Während sie die Feuerwehr riefen, drangen sie zugleich mit Gewalt ein und löschten den Brand, der in der Küche entbrannt war. Diese war ganz verqualmt und die beiden Kinder lagen erkrankt da.

Raubmord in Pothum. In dem Orte Riemte bei Pothum wurde die Schuhwarenhandlung Wirtin Wilhelm Moller von Gendarmen ermordet und um eine große Summe Geldes beraubt. Man fand die Frau mit durchschnittenem Hals in ihrem Bett auf. Von den Wörtern fehlt jede Spur.

Sieben Häuser durch einen Feuerschutz zerstört. Ein großer Feuerschutz hat in Klauenburg (Siebenbürgen) sieben Häuser zerstört, zwei Frauen und zwei Kinder getötet und zwei Frauen schwer verbrannt.

Kartoffelbrot mittels Straßensammlungen. In München-Gladbach verhaftete die Polizei fünf Kartoffelbrotbäcker, die nach einem Straßensammlungen aus dem Schwabenpforten und mit abgeblendeten Geldern nach Klauenburg fuhren, um die Kartoffellager der dortigen Gemeinde zu plündern.

Ein Erbe über den Völkern. Die kaiserliche Regierung hat die Kammer einen Gesetzentwurf vor, in dem Rechte an Erben werden zur Förderung der Frage der Verteilung einer Straße und eines Tunnels, die Europa mit Asien verbinden sollen.

Ein Preisversteigerung im Kreise. Man glaubt zu träumen, wenn man davon hört! Und doch ist es wahr geworden, aber nicht bei uns, sondern in - Budapest. Die dortige Preisversteigerungskommission hat die in den Kaffeehäusern geltenden Preise vom 1. Februar angefangen um 20 bis 25 Prozent herabgesetzt. So daß nicht nur Kaffee und Tee, sondern auch die anderen Konsumartikel vom 1. Februar angefangen zu niedrigeren Preisen verkauft werden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Steilina. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: J. H. Schwarz & Co. Gedruckt in Kassel.